

Das Recht auf Verhütung gilt für alle: pro familia Berlin unterstützt Petition für kostenfreie Verhütungsmittel in allen Bundesländern

Wer wenig Geld hat in Deutschland, muss auf Vieles verzichten. Fatal, wenn das auch Verhütungsmittel betrifft. Studien belegen, dass Frauen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn sie in finanzieller Not sind: Sie weichen auf billigere und weniger sichere Verhütungsmittel aus oder verhüten überhaupt nicht und riskieren damit eine ungewollte Schwangerschaft. Der pro familia Bundesverband macht mit einer öffentlichen Bundestagspetition auf das Problem aufmerksam und fordert eine Gesetzesänderung, pro familia Berlin unterstützt ihn dabei.

Bis 2004 gab es im Sozialgesetz eine sogenannte „Hilfe zur Familienplanung“. Das Sozialamt übernahm die Kosten für Verhütungsmittel, die der Arzt oder die Ärztin verschrieb. Durch die Hartz-IV-Gesetzgebung ist diese Möglichkeit weggefallen. Nun müssen Frauen und Männer, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung erhalten, mit der Pauschale von 17 Euro für den Posten „Gesundheitspflege“ auskommen. Unter diesen Posten fallen alle Gesundheitsausgaben wie Kopfschmerztabletten, Heuschnupfenmittel und eben auch Verhütungsmittel. Das Land Berlin hat sich bislang als einziges Bundesland für die Beibehaltung einer Hilfe zur Familienplanung entschieden.

„Wir brauchen eine verbindliche Lösung für alle Bundesländer, damit nicht nur in wenigen Regionen Deutschlands der Zugang zu sicheren, für die Frauen verträglichen und bezahlbaren Verhütungsmitteln möglich ist“ sagt Birgit de Wall, Landesgeschäftsführerin von pro familia Berlin.

Zurzeit entscheiden in den meisten Bundesländern nicht mehr gesundheitliche oder persönliche, sondern finanzielle Gründe über die Wahl des Verhütungsmittels. Der Wohnort entscheidet darüber, denn in einzelnen Kommunen gibt es Projekte zur Kostenübernahme, die allerdings meist befristet sind. Und es gibt keinen Rechtsanspruch auf die Kostenübernahme.

„Auch Frauen mit geringem Einkommen müssen eine Wahlfreiheit in Bezug auf ihr Verhütungsmittel haben“, so die Gynäkologin Dr. med. Jutta Pliefke von pro familia Berlin: „Oft kommen aus medizinischen Gründen die preisgünstigsten Verhütungsmittel gar nicht in Frage, oder eine Frau verträgt eine bestimmte Pille nicht“.

Eine monatliche Pillenpackung kostet zwischen 4,50 Euro und 22 Euro, der Verhütungsring 16 bis 22 Euro pro Monat. Spiralen und Implantate sichern die Verhütung für mehrere Jahre und sind auf lange Sicht kostengünstiger. Die einmaligen Kosten von 300 bis 400 Euro können Hartz-IV-Empfängerinnen nicht aus dem Regelsatzbetrag bestreiten und ein Ansparen ist ebenfalls nicht möglich.

„Es ist ein häufiges Thema in der Beratung, dass das Geld für Verhütungsmittel nicht reicht. Wir fordern deshalb die Politikerinnen und Politiker auf, eine Gesetzesinitiative zur Kostenübernahme zu starten. Schließlich bekennt sich auch Deutschland zum Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. Dort wurde ausdrücklich festgehalten, dass alle Frauen und

Männer ein Recht auf ungehinderten Zugang zu möglichst sicheren, gesundheitlich verträglichen und finanziell erschwinglichen Verhütungsmethoden haben“.

pro familia hat eine Bundestagspetition (Nr. 57650) eingereicht, die ab sofort online unterzeichnet werden kann:

<https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/ 2015/ 02/ 23/Petition 57650.html>

Aktuelle Informationen und Fact Sheets zum Thema sind auf der Kampagnenseite „Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“ abrufbar:

<http://www.profamilia.de/pro-familia/kampagne-kostenfreie-verhuetungsmittel.html>

Pressekontakt: Dr. med. Jutta Pliefke, Tel. 0179-4799063, E-Mail: jutta.pliefke@profamilia.de

pro familia Berlin setzt sich seit über 50 Jahren für die Interessen von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Rechte ein. pro familia ist ein gemeinnütziger Verein in freier Trägerschaft und parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Der Landesverband Berlin wurde 1964 gegründet und verfügt über ein Beratungszentrum, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich etwa 20.000 Menschen in persönlichen Gesprächen oder telefonischen Kontakten erreichen. Der pro familia Bundesverband hat seinen Sitz in Frankfurt/Main und setzt sich aus 16 Landesverbänden zusammen. Der Bundesverband der pro familia gehört national wie europaweit zu den bedeutendsten nichtstaatlichen Dienstleistern der Sexualpädagogik, Familienplanungs-, Sexual- und Schwangerschaftsberatung. In den 180 Beratungsstellen in Deutschland finden Menschen aller Religionen und Nationalitäten fachlich und menschlich qualifizierten Rat. www.profamilia.de
